



Medienkonferenz zur Wohnstrategie vom Montag, 29. Oktober 2018

REFERAT VON FRANZISKA TEUSCHER, DIREKTORIN FÜR BILDUNG,
SOZIALES UND SPORT

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Medienvertreterinnen, sehr geehrte Medienvertreter

Wohnen ist Kern und Grundlage des sozialen Lebens. Wohnen heisst zuhause sein, Wohnen bedeutet sozial integriert sein. Als Sozialdirektorin zähle ich deshalb Wohnen zu meinen Kernaufgaben. Es freut mich deshalb sehr, dass die vorliegende Wohnstrategie des Gemeinderats eine soziale Strategie ist. Sie ist ein wichtiger Baustein zur Umsetzung des gemeinderätlichen Legislaturziels «Die Stadt Bern ermöglicht vielfältiges Wohnen für alle». Die Stadt muss Wohnraum sowohl für Studis wie Professorinnen, Junge wie Betagte, Familien wie Alleinstehende, etc bereitstellen. Das ist eine Riesenherausforderung, angesichts des beschränkten Raums erst recht. Als Sozialdirektorin stehen für mich dabei die Menschen im Vordergrund, die auf dem Wohnungsmarkt auf Schwierigkeiten stossen. Ich denke da beispielsweise an alte Menschen, Familien, Frauen und Männer mit Behinderung oder Migrantinnen und Migranten, die alle bei der Wohnungssuche mit mehreren Hürden konfrontiert sind. Vor allem aber denke ich auch an armutsbetroffene und armutsgefährdete Menschen, die auf der Suche nach einer Unterkunft gleich in mehrfacher Hinsicht benachteiligt sind.

Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS) setzt sich in ihrer täglichen Arbeit für die Anliegen benachteiligter Personengruppen ein. Wir haben diese Anliegen in den letzten Monaten aktiv in die Erarbeitung der nun vorliegenden städtischen Wohnstrategie eingebracht.

Die vorliegende Strategie ist, ich wiederhole es gerne, eine ausgeprägt **soziale Wohnstrategie** ist. Wir haben – darauf hat schon der Stadtpräsident hingewiesen –

unter den fünf Leitsätzen der Strategie einen eigenen Leitsatz, der speziell auf die Bedürfnisse benachteiligter Bevölkerungsgruppen eingeht. Die Stadt Bern soll wohnpolitisch «sozial und gemeinwohlorientiert» handeln und so sicherstellen, dass auch Menschen, die bei der Wohnungssuche benachteiligt sind, Zugang zu qualitativ gutem Wohnraum haben.

Angemessener Wohnraum gehört zu den unverzichtbaren Grundbedürfnissen des Menschen. Umgekehrt führt mangelhafter Wohnraum zu gravierenden Folgen für das Wohlbefinden, die Gesundheit und die Integrationschancen der Betroffenen.

Gerade Armutsbetroffene sind besonders stark mit Problemen im Wohnbereich konfrontiert. Zwischen Armut und Wohnen besteht ein doppelter Zusammenhang: Einerseits können zu hohe Mieten ein Abrutschen in die Armut zur Folge haben. Andererseits führt Armut zu Wohnproblemen, weil sich Menschen aus finanziellen Gründen keine angemessene Wohnung leisten können.

Die BSS hat in ihrem Bericht «Bezahlbarer Wohnraum für Armutsbetroffene» von 2017 drei verschiedene Problemkreise im Spannungsfeld Wohnen und Armut beschrieben:

1. Ein erster Problemkreis betrifft den Zugang zu günstigem Wohnraum: Günstiger Wohnraum ist knapp und geht zunehmend verloren. Gleichzeitig sind Armutsbetroffene und Armutsgefährdete bei der Wohnsuche auf verschiedene Weise benachteiligt – zum Beispiel, weil sie stigmatisiert sind oder ihnen die Ressourcen für eine gezielte Wohnungssuche fehlen.
2. Ein zweiter Problemkreis betrifft die Wohnversorgung: Armutsbetroffene und Armutsgefährdete sind statistisch gesehen überdurchschnittlich stark von einer ungenügenden Wohnversorgung betroffen. Der Anteil der Wohnkosten am Gesamteinkommen ist bei ihnen zu hoch, sie sind stärker gefährdet, ihre Wohnung zu verlieren und sie leben teilweise in prekären Wohnverhältnissen – also beispielsweise in Wohnungen die zu klein, stark lärmbelastet oder wohnhygienisch problematisch sind.
3. Ein dritter Problemkreis betrifft die Verdrängung: Es besteht die Gefahr, dass Armutsbetroffene und Armutsgefährdete durch Sanierungen und Quartieraufwertungen aus ihrem angestammten Wohnumfeld verdrängt werden, weil sie sich steigende Mietpreise nicht mehr leisten können.

Die Wohnsituation von Armutsbetroffenen verschärft sich in Bern zunehmend, denn die Mietkosten in der Stadt Bern steigen kontinuierlich. Diese Entwicklung zeigt, dass ein verstärktes Engagement der Stadt Bern in diesem Bereich dringend nötig ist, wenn Bern eine Stadt für alle sein will. Aus sozialer Sicht braucht es einerseits mehr bezahlbaren Wohnraum für Armutsbetroffene und Armutsgefährdete. Andererseits sollen benachteiligte Personen beim Suchen und Halten von Wohnungen unterstützt werden, damit sie auf dem Wohnungsmarkt bessere Chancen haben.

Auch andere Bevölkerungsgruppen haben Mühe, in der Stadt Bern bezahlbaren Wohnraum zu finden – insbesondere Familien mit mehreren Kindern und ältere Menschen. Im **Bereich 2 Wohnformen und Wohnungsvielfalt** der Wohnstrategie haben wir deshalb konkrete, quantitative Ziele formuliert: Die Stadt will den Anteil grosser (Familien-) Wohnungen in ihrem Portfolio bis 2030 auf mindestens 700 Stück erhöhen. Erhöhen will die Stadt auch die Anzahl hindernisfreier Wohnungen in ihrem Portfolio – auf 500 Stück bis 2030. Für diese Anliegen engagieren wir uns auch bei privaten Wohnbauprojekten. Zudem wollen wir Projekte mit visionären, innovativen, gemeinschaftlichen Wohn- und Nachbarschaftsmodellen realisieren, zum Beispiel zum Generationenwohnen. Auch das bereits laufende Projekt «Sprungbrett-Wohnung» findet sich als Massnahme in der Wohnstrategie. Dieses Projekt soll evaluiert und eventuell auf weitere Wohnungen des Fonds erweitert werden.

Im **Bereich 4 Nutzung, Vergabe und Belegung von Wohnraum** der Wohnstrategie ist festgehalten, dass wir beim Prüfen von Möglichkeiten zum Bereitstellen von qualitativ gutem Wohnraum für armutsbetroffene Menschen auch die Zusammenarbeit mit gemeinnützigen und weiteren Trägerschaften prüfen werden. Zudem wollen wir flankierende Massnahmen zu Sanierungen, Ersatzneubauten und Siedlungsentwicklungen erarbeiten, um Verdrängungseffekten entgegen zu wirken.

Die Herausforderungen, mit denen benachteiligte Bevölkerungsgruppen im Wohnbereich konfrontiert sind, sind strukturell bedingt. Sie können von den einzelnen Betroffenen nicht alleine gelöst werden. Es ist deshalb eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft dafür zu sorgen, dass alle Menschen mit einer angemessenen Wohnung versorgt sind. Dafür setze ich mich auch als Sozialdirektorin mit Nachdruck ein – denn Wohnen ist Teil der Menschenwürde.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.